

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Ulla Jelpke und der Gruppe der PDS/Linke Liste

zu der vereinbarten Debatte über Extremismus und Gewalt

Der Bundestag wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird aufgefordert, analog zu „Jugend im Parlament“, am 9. November 1992 im Gebäude des Deutschen Bundestages eine „Parlamentssitzung“ von ausländischen, jüdischen, antifaschistischen und Flüchtlingsorganisationen durchzuführen. Diese Sitzung sollte im Radio sowie im Fernsehen in voller Länge und live übertragen werden. Mit der inhaltlichen Vorbereitung, Einladung der Personen und Durchführung dieser Sitzung sollten Flüchtlingsräte, der Zentralrat der Juden in Deutschland, Organisationen der Roma und Sinti betraut werden.

Bonn, den 7. Oktober 1992

Ulla Jelpke
Dr. Gregor Gysi und Gruppe

Begründung

Nach Hoyerswerda und Rostock, nach über 10 aus rassistischen Motiven getöteten Menschen allein im Jahr 1992, nach den unzähligen Bränden und Anschlägen auf Unterkünfte von Asylsuchenden und Wohnungen von Immigrantinnen und Immigranten, nach den zunehmenden Zerstörungen und Schändungen von jüdischen Gedenkstätten können Parlament und Bundesregierung die Erinnerung an die sog. Reichskristallnacht nicht mehr als Gedenken an Vergangenes und unbestimmte Mahnung vor Zukunftigem begehen. Der Deutsche Bundestag will dies als ein Signal gegen Rassismus und Neofaschismus verstanden wissen. Symbolisiert werden soll damit die Absicht, daß man diesen Menschen künftig mehr Gehör und den nötigen Schutz verschaffen will.

